

SED in Versorgungs-Nöten

Kampagne gegen „Hamsterer“? — SED-Minister Wach warnte

„Hamsterkäufe sind das gefährlichste Anzeichen dafür, daß eine Bevölkerung das Vertrauen in eine Besserung der allgemeinen Lage und auch das Vertrauen zu bestimmten Regierungsorganen verliert!“ Mit dieser Erklärung kennzeichnete der sowjetzonale Minister für Handel und Versorgung, Curt Wach, in der vorletzten Juli-Woche die sowjetzonale Wirtschaftssituation. Vor Regierungs- und Parteifunktionären sagte Wach, man habe sich lange davor gescheut, eine direkte Kampagne gegen die Hamsterei zu führen, weil sich diese nicht mit der öffentlichen Darstellung der Versorgungslage vereinbaren ließ. Nunmehr sei jedoch der Zeitpunkt gekommen, wo es besser sei, schlechte Wahrheiten zu sagen als unwahre Freudenbotschaften zu verbreiten.

Der SED-Minister Wach hat das Erbe des inzwischen zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilten Versorgungsministers Hamann angetreten. Wach ist Realist. Er warnte im April das SED-Zentralkomitee, weitere Staatsreserven anzugreifen, um aus propagandistischen Gründen das damalige Versorgungsniveau zu halten. Wach warnte vor den April- und Mai-Importen der Handelsorgane, die im Herbst zu bezahlen sind.

weitgehend durchgeführt worden.

Als Wach daraufhin angegriffen wurde, stellte er das ZK vor die Wahl: Entweder Einstellung des HO-Fleischverkaufs oder wieder Fisch oder Weißkäse auf Fleischmarken! Im Herbst werde man ohnehin nicht vermeiden können, vorübergehend wieder Austauschmittel für Fleisch zu geben.

Die Fleischversorgung

Im Frühjahr gab es in der Zone urplötzlich kaum noch Fleisch. Die SED hoffte, der Zustand werde sich innerhalb kurzer Zeit ändern und schwieg. Als sich nach 14 Tagen nichts geändert hatte, griff sie zum probaten Mittel: Monstreprozeß gegen zwei staatliche Schweinezüchter und Massenverhaftungen von Schlächtermeistern in Ostberlin. Fleisch kam dadurch nicht auf den Markt. Erst als Polen und Ungarn in die Lücke sprangen, gelang es der SED, die peinliche Lage zu überbrücken. Am 24. Juli gab Wach vor Parteifunktionären bekannt, daß ab sofort — vorerst bis zum 6. August — der freie Fleischverkauf in der HO gedrosselt oder ganz eingestellt würde. Diese Anordnung ist

Berlin (Eigenmeldung). Den Heidelberger Professor Alfred Weber hatte die KPD bei der Wahl des Bundespräsidenten am 17. Juli zur allgemeinen Überraschung als Kandidaten für den Posten des Bundespräsidenten vorgeschlagen.

Wenige Stunden später bewies aber ein Interview vor Radio München mit dem angesehenen Wissenschaftler, daß der KP-Vorschlag nichts als ein zweifelhafter Trick war. Wir geben dieses Interview im Wortlaut wieder:

Sprecher: „Haben Sie von dieser Kandidatur etwas gewußt?“

Weber: „Ich habe von dieser Kandidatur nicht das geringste gewußt. Ich halte den ganzen Vorschlag für einen schlechten Scherz. Ich habe nicht die geringste Verbindung mit der KP.“

Diesmal gelte es nur, bei der Kartenausgabe für August die Belieferung zu sichern.

Drohender Kartoffelmangel

Als Beispiel für die drohende Wiederkehr der Hamsterei nannte Wach die am 15. Juli abgegebenen Kartoffelanmeldungen. Früher hätten nicht 30 Prozent der Bevölkerung eingekellert, heute meldeten sich 95 Prozent an. Meist versuchten sie, Mengen zu nennen, die über den Bedarf hinausgehen, da sie gewöhnt sind, daß die Ansprüche doch nur zum Teil befriedigt werden. Wach bat die Agitationsbeauftragten, um jeden Preis die Bevölkerung zu beruhigen.

Von Aufhebung der Lebensmittelkarten könne zur Zeit überhaupt nicht die Rede sein, sagte Wach.

KP-Lüge hatte kurze Beine

Sprecher: „Haben Sie selbst erst durch diese Rundfunkübertragung von diesem Vorschlag erfahren?“

Weber: „Ich habe erst durch die Übertragung von diesem sonderbaren Vorschlag erfahren.“

Sprecher: „Herr Professor, Sie können ja als Jurist am besten beurteilen, ob eine derartige Form, einen Kandidaten aufzustellen zulässig — oder sogar wir, üblich ist.“

Weber: „Ich halte es für das am wenigsten Übliche, was ich mir denken kann. Man pflegt einen Kandidaten, wenn man ihn aufstellt, zu fragen, und ich habe keine Ahnung von der ganzen Sache gehabt und habe nicht die geringste Verbindung zu den Leuten, die mich aufgestellt haben.“

J. B. GRADL:

Entschlossenheit bleibt nötig

Nichts von dem, was in der vergangenen Woche an Bemerkenswertem geschehen ist, kann anders als mit zwiespältigen Gefühlen betrachtet werden: der Abschluß der Genfer Konferenz, die Haltung des SPD-Parteitagess zur Wehrfrage, die Affäre John und Molotows Vorschlag einer Europa-Konferenz. Die vier Geschehnisse stehen selbständig nebeneinander, aber jedes von ihnen ist ein Ausdruck der fortdauernden Auseinandersetzung zwischen Ost und West.

Das indochinesische Waffenstillstandsabkommen hat in der Welt sehr unterschiedliche Wertungen erfahren. Die Tatsache, daß nunmehr die Waffen schweigen sollen, wird natürlich allgemein begrüßt. Und doch kann rechte Friedensfreude nicht aufkommen. Hinsichtlich der Bedingungen des Waffenstillstandes gibt es einen gewissen Trost in der Einsicht, daß das, was verloren gegeben werden mußte, im Grunde schon verloren war. Bedrückender ist das andere, daß in der Welt von heute der blutige Krieg nur eine Ausdrucksform eines viel tiefer greifenden und letztlich viel gefährlicheren weltanschaulich-politischen Kampfes ist, der unentwegt zwischen Kommunismus und freiheitlicher Welt weitergeht. Dieser Krieg ist nicht beendet, in Indochina nicht, wo er die beiden kommenden Jahre bis zur vorgesehenen „gesamt-vietnamesischen“ Wahl beherrschen wird, und in der Welt insgesamt nicht.

Das Schlimmste an diesem Krieg ist, daß er die Beziehungen von Menschen und Völkern beider Weltlager vergiftet. Mendès-France hat das während der Genfer Schlußverhandlungen in einer Erklärung an das französische Volk eindringlich formuliert: „Ich möchte Ihnen hierbei den größten Feind nennen, den größten Feind, den ich seit acht Tagen bekämpfe. Er heißt: Mißtrauen. Unter den Menschen, die hier zusammen den Frieden suchen, muß man ein tiefes Mißtrauen feststellen.“

Alle Propaganda des östlichen Lagers kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß dieses Mißtrauen seinen Ursprung in der kommunistischen Politik der letzten zehn Jahre hat. Es war ja gerade die Vertrauenslosigkeit der Westmächte mit dem Gipfelpunkt Potsdamer Abkommen, die von der sowjetischen Politik mißbraucht wurde.

Auf dem Bundesparteitag der SPD ist die Starrheit der amerikanischen Politik gerügt worden. Daß sie diesen Eindruck zuweilen macht, ist richtig; aber es ist auch die amerikanische Politik gewesen, die den Sowjets vor zehn Jahren das stärkste Vertrauen geschenkt hatte und deshalb am stärksten enttäuscht wurde. Die Sowjetregierung hat kürzlich in einer abschließenden Erklärung ihre Ansicht kundgetan, daß die Genfer Konferenz „günstige Bedingungen für die Regelung anderer ungelöster wichtiger internationaler Fragen schaffe“, und sie hat dabei auch die „Regelung der Deutschlandfrage“ genannt. Hinzu kommt Molotows Vorschlag einer Europa-Konferenz. Wer möchte nicht gerne glauben, daß das alles ernst gemeint ist! Aber kann man es glauben, da so viele Erfahrungen der Vergangenheit und so manche Taten der Gegenwart dagegen stehen?

In der erwähnten sowjetischen Erklärung ist von der Regelung der Deutschlandfrage „auf friedlicher und demokratischer Grundlage“ die Rede. Was aber ist uns Deutschen, gerade auch denen, die 1945 in der Sowjetzone mit dem politischen Aufbau in gutem Glauben begonnen hatten, unter dem sowjetischen Vorzeichen der Demokratie geboten worden!

Im deutschen und mitteleuropäischen Bereich muß die sowjetische Politik den Beweis erst erbringen, daß sie zu einer Lösung der deutschen Frage in einer uns und der westlichen Welt zumutbaren Weise wirklich bereit ist. Allerdings darf man auch nicht dem Wunderglauben verfallen, daß die Sowjets den Trumpf ohne weiteres aus der Hand legen, den sie in Mitteleuropa mit der Sowjetzone zu besitzen glauben. In dieser Situation kann man nur durch ein Herantasten an den Problemerkern weiterkommen. Das aber wird allein von echten

Verhandlungen ermöglicht, wie sie in Genf mit Zähigkeit geführt wurden. Insofern ist auch die außenpolitische Resolution des SPD-Parteitagess, der „wirksame Vereinbarungen zwischen östlicher und westlicher Welt“ wünscht, wirklichkeitsgerecht. Der Fehler des Parteitagess liegt darin, daß er die Bereitschaft zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag von der Voraussetzung abhängig macht, daß solche Vereinbarungen nicht zu erzielen sind.

Wüßte man, daß die Sowjets ihre Politik in Deutschland wirklich und im guten Sinne revidieren wollen, wäre das zu verstehen. Aber das weiß man nicht nur nicht, sondern die bisherigen Erfahrungen ermutigen auch nicht, es zu glauben und vertrauensvoll den Beweis einfach abzuwarten. Angesichts der sozialdemokratischen Parteitradition ist es begreiflich, daß zumal den alten Sozialdemokraten das Ja zur Wiederbewaffnung schwerfällt, und insofern ist das bedingte Ja des Parteitagess ein Fortschritt. Aber die Tatsache, daß viele Jahre westdeutscher Waffenlosigkeit keine positive Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik gebracht haben, hätte allein schon genügen sollen, um sich der bitteren Wirklichkeit zu beugen und — wenn nicht zur BVG, so doch zur Wiederbewaffnung an sich — ein unbedingtes Ja zu sagen. So aber muß man fragen, ob die Sozialdemokratie denn ernsthaft glaubt, die sowjetische Deutschlandpolitik in echte, also nicht nur propagandistische Bewegung bringen zu können, solange nicht die Realität eines Regimes deutscher Wiederbewaffnung den Sowjets zeigt, daß Spekulationen auf eine kommunistische Lösung des deutschen Problems wirklich keine Aussicht mehr haben.

Man muß immer bereit sein, wenn es irgend Sinn hat, zu verhandeln, und man muß bedacht sein, die Sprache des kalten Krieges zu mäßigen. Aber Abwarten und gutes Zureden allein bringt nach den Erfahrungen nicht weiter, sondern daneben muß die Entschlossenheit, sich unter allen Umständen zu behaupten, durch uneingeschränkten und sichtbaren Verteidigungswillen deutlich gemacht werden.

John vor die Öffentlichkeit!

Forderung an Pankow — Es geht um die Wahrheit

Der „Fall Dr. John“ ist eine echte Sensation. Unecht dargestellt, verzerrt und verwirrend aufgebauscht wird sie nur durch die zügellose Phantasie derer, die offenbar allzuviel Kriminalromane lesen und ihre Recherchen und Kombinationen dann in den reißerischen Schlagzeilen der Boulevardblätter abreagieren.

Kein Tag vergeht, ohne daß die Sensationsaffäre John um neue Sensationchen bereichert wird. Mittlerweile scheinen die Schnüffelleiter einer gewissen Reporter-gilde so weit fortgeschritten zu sein, daß über das dubiose Korps Wohl-gemuth-scher Freundinnen nun keinerlei Unklarheit mehr besteht. Den von reißerischen Schlagzeilen der Skandalpresse geblendeten Leser überläuft ein Schauer nach dem anderen — aber was nun eigentlich mit Otto John, dem ostwärts Fort-gegangenen geschehen ist, das vermochte bisher noch niemand zu sagen. Darauf allein aber kommt es bei dieser Angelegenheit an, denn sie ist ernst genug.

Keine vorschnellen Urteile

Der Bundesinnenminister hat eine lange Darstellung der bisherigen Ermittlungen gegeben. Sie sind aufschlußreich, obgleich sie keinen endgültigen Schluß zulassen.

Man hüte sich in dieser Affäre vor schnellen Urteilen und Verurteilungen! Nach den Darstellungen Schröders scheint dies besonders geboten; sie müssen vor allem jene sehr nachdenklich machen, für die John bereits ein ausgemachter lumpiger Deserteur und Ver-räter ist. So einfach liegen die Dinge nicht.

Gewisse Presseorgane haben sich schon gründlich mit vorschnell hinausplakatierten Behauptungen blamiert, die dann genau so vorschnell durch extrem gegenteilige Behauptungen ersetzt wurden. So kommt es, daß in der Öffentlichkeit die Meinungen nebeneinander vertreten werden, John sei entführt worden und John habe sich freiwillig abgesetzt.

Daß dieser Fall geklärt wird, bald geklärt wird, bleibt zu hoffen, wenngleich es auch unwahrscheinlich ist im Hinblick auf die östliche Methode, jeden „Fall“ propagandistisch-tenden-

ziös auszunutzen (siehe Fall Truschnowitsch). Was aber bleibt, ist eine in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzende Tatsache: der Leiter des Verfassungsschutzamtes, also praktisch der westdeutsche Abwehrchef, ist in der Hand des Gegners. Daran ist nun nichts mehr zu ändern. Höchstens können nur Lehren gezogen werden, damit künftig nicht wieder derartige grobe Fehler bei einer Stellenbesetzung begangen werden. Denn wenn John auch entführt wurde: ein Abwehrchef muß gerade in Berlin intelligent genug sein, sich nicht entführen zu lassen!

Unkontrollierbare Bandaufnahme

Nicht um primitive Neugierde zu befriedigen, müssen wir aber eine besondere Forderung erheben, sondern um die Verwirrungen zu beseitigen, von denen niemand profitiert, auch der Osten nicht. Es ist die Forderung an Pankow: John endlich vor eine internationale Pressekonferenz zu stellen! Ist John wirklich ein Überläufer, der aus freiem Willen, ohne mit Drohungen präpariert zu sein und aus Überzeugung gehandelt hat (wie er es auf der unkontrollierbaren Bandaufnahme des Ostfunks am 23. Juli behauptete), so muß man in Ost und West diese Tatsache auf einer solchen öffentlichen Pressekonferenz zur Kenntnis nehmen.

Drei Jahre Bücherei Ost

Berlin (Eigenmeldung). Vor drei Jahren, am 1. August 1951, wurde der Lesesaal der Bücherei Ost in Berlin W 35, Eichhornstr. 1, als Einrichtung der Vereinigung für kulturelle Hilfe gegründet. Er ist seither von rund 135 000 Bewohnern der Zone und Osterlins aufgesucht worden.

50 Prozent Ladenhüter

Berlin (Eigenmeldung). Die Landwarenhäuser in der Sowjetzone werden in letzter Zeit hef-

Wenn sich also Pankow im Recht fühlt, wenn Pankow dem Johnschen Entschluß nicht gewaltsam nachgeholfen hat, wenn Pankow tatsächlich einem anti-bundesrepublikanischen „Idealisten“ Asyl gewährt — dann muß Pankow die Forderung nach einer internationalen Pressekonferenz mit Dr. John erfüllen. Bereitwillig erfüllen, und zwar bald, noch bevor der Abwehrchef John durch die Methoden des Abwehrchefs Wollweber „weich“ gemacht wird!

Kein Zeichen von Gastfreundschaft

Doch vorerst deutet nichts auf eine saubere Weste Pankows hin. Man läßt John nicht frei im Ostsektor herumlaufen. Man hat sich dort seiner „bemächtigt“. So behandelt man keinen Freund; das ist kein Zeichen von Gastfreundschaft. Man hat über den Menschen John oder über das, was von ihm noch übrig ist, den verdunkelnden Schleier östlicher Undurchdringlichkeit gehängt, vor dem nur die amtlichen Verlautbarungen der östlichen Propagandaregie zu vernehmen sind, an die kein Mensch glaubt. Übrigens genau so wenig glaubt wie an alles, was in Form von Broschüren, Aufrufen oder heruntergeleiterten Bandaufnahmen als von John stammend, noch bevorsteht.

John selbst muß östlicherseits in die Öffentlichkeit gestellt werden, um Rede und Antwort geben zu können. Wir fordern es um der Wahrheit willen. Geschieht das nicht bald, wird sich keine exakte Wahrheit über John finden lassen, aber ein neues, im Ostsektor ausgedachtes lichtscheues Gaunerstück würde zur Gewißheit.

(siehe auch S. 4)

tig kritisiert. Aus einer Reihe von Bezirken liegen Berichte darüber vor, daß diese Verkaufsstellen in noch stärkerem Maße als die städtischen HO-Läden, Ladenhüter, die niemand brauchen kann, zum Verkauf anbieten, während dringend benötigte Verbrauchsgüter nicht zu haben sind. Es ist keine Seltenheit, daß „nicht absetzbare Waren“ über 50 Prozent des gesamten Warenlagers ausmachen

Erste offizielle Stellungnahme

Der Bundesinnenminister zum Fall John

Bonn (Eigenbericht/DPA). In der ersten mit Spannung erwarteten offiziellen Erklärung zum Fall John hat Bundesinnenminister Schröder am 26. Juli festgestellt, die bisherige Untersuchung habe keine Anhaltspunkte ergeben, daß der Verfassungsschutzpräsident in verräterischer Absicht die Sektorengrenze überschritten habe. Schröder teilte mit, daß die Bundesregierung zur Aufklärung der Vorgänge die Hilfe der Alliierten in Anspruch nehmen werde.

Der Bundesinnenminister, der vor rund 300 in- und ausländischen Journalisten sprach, deutete an, daß der Bundesregierung Material vorliege, über das im Interesse der Ermittlungen noch nicht gesprochen werden könne. Zu gegebener Zeit solle es der Öffentlichkeit übergeben werden. John habe keine Akten oder Dokumente des Verfassungsschutzes mitgenommen. Die Nachrichten über Verhaftungen in der Sowjetzone nach dem Verschwinden Johns seien bisher nicht bestätigt; sie bezögen sich jedenfalls weder auf angebliche Mitarbeiter des Verfassungsschutzes noch der „Organisation Gehlen“.

Gegen eine verräterische Absicht Johns spricht, nach Ansicht Dr. Schröders, die Tatsache, daß John sämtliches ihm zugänglich gewesene Material zurückgelassen habe. Außerdem habe er noch am Nachmittag des 20. Juli seine Flugkarte vom 21. auf den 22. umbuchen lassen und dienstliche und private Verabredungen getroffen. Ebenso fehle jedes Motiv für einen freiwilligen Übertritt nach dem Osten. Falls John seine bisherige Stellung als gefährdet angesehen oder sich behindert geglaubt habe, so hätten ihm im Westen andere Arbeitsgebiete offengestanden.

Als Schlüsselfigur des gesamten Falles John bezeichnete der Innenminister den zusammen mit John verschwundenen Westberliner Arzt Dr. Wolfgang Wohlgemuth. Dieser sei in der Anwendung medikamentöser und seelischer Behandlung besonders erfahren, so daß eine Willensbeeinflussung Dr. Johns nicht ausgeschlossen erscheine.

Mit einem Hinweis auf die Erfahrungen aus dem Fall des Kardinals Mindzenty lehnte Schröder es ab, aus der Rundfunkerklärung Dr. Johns Schlüsse auf die Freiwilligkeit seines Schrittes zu ziehen.

Das Ergebnis der bisherigen Ermittlungen im Fall John gibt nach der Erklärung Dr. Schröders folgendes Bild: Dr. John begab sich am Abend des 20. Juli in die Wohnung Dr. Wohlgemuths in der Uhlandstraße, mit dem er sich zwei Tage zuvor verabredet hatte. Zweck der Verabredung war angeblich die Klärung der Frage eines Zeugnisses, das eine gemeinsame Bekannte von John und Wohlgemuth für die Ausstellung eines Rentenbescheides benötigte. Die Unterlagen, die für das Attest gebraucht wurden, vor allem Elektrokardiogramme, befanden sich in der Ostberliner Charité, in der Wohlgemuth den vor 1945 verstorbenen Ehemann der Bekannten behandelte. Am 18. Juli habe John mit seiner Gattin und Dr. Wohlgemuth in einem Berliner Lokal gegessen und dem Arzt die schleppende Behandlung der Attestangelegenheit vorgeworfen.

Nach Aussagen der Sprechstundenhilfe Wohlgemuths sei John am 20. Juli gegen 20 Uhr eingetroffen und habe im Salon auf den Arzt gewartet, der noch einige Patienten abfertigte. Die Sprechstundenhilfe habe John eine von ihr zubereitete Tasse Kaffee gebracht und später gehört, daß er mit Wohlgemuth über ein Attest sprach.

Gegen 20.30 Uhr seien beide mit dem Kraftwagen des Arz-

tes fortgefahren. Ein Westberliner Zollbeamter habe später den Wagen mit John und Wohlgemuth an der Grenze zum Ostsektor an der Sandkrugbrücke kontrolliert.

Als die erste Sprechstundenhilfe am 21. Juli gegen 8 Uhr früh die Praxis betreten habe, sei zwar die Tür geschlossen, aber nicht durch das Sicherheitsschloß gesichert gewesen. Auf dem Schreibtisch des Arztes habe sie den Brief Wohlgemuths entdeckt, in dem stand, er und John seien in den Ostsektor gefahren. Wohlgemuth gab Anweisung, seine Praxis aufzulösen.

Wie Dr. Schröder mitteilte, geht die enge Verbindung zwischen John und Wohlgemuth darauf zurück, daß Johns Bruder Hans, der nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet wurde, 1942 nach einer Verwendung von Wohlgemuth in der Charité aufopfernd gepflegt worden sei. John habe Wohlgemuth für einen besonders befähigten Arzt gehalten und dessen kommunistische Ideen als „edelmännisch“ nicht ernst genommen. In den letzten Jahren hätten die beiden wegen der erwähnten Rentensache einer gemeinsamen Bekannten häufig in Verbindung gestanden.

Abschließend zählte der Innenminister noch einmal Gründe auf, die gegen einen freiwilligen Übertritt Dr. Johns sprächen. Er meinte, wenn John überlaufen wollte, so hätte er dazu nicht der Assistent Dr. Wohlgemuths bedurft. Er hätte außerdem dem Osten viel besser dienen können, wenn er in seinem westdeutschen Amt geblieben wäre. Schließlich hätte bei einem freiwilligen Übertritt Johns der Arzt Dr. Wohlgemuth keinen Grund gehabt, Wohnung und Praxis im Stich zu lassen.

Eden: Schritt bei den Sowjets

London (DPA/AP). Außenminister Eden erklärte im Unterhaus zum Fall John, daß zusammen mit der alliierten Oberkommission ein Schritt bei den Sowjetbehörden vorbereitet werde.

Eden sagte, die Tatsachen im Fall John seien noch nicht einwandfrei festgestellt. Das betreffe insbesondere die Um-

stände, unter denen die John zugeschriebene Rundfunkklärung abgegeben wurde.

Ein Labour-Abgeordneter wollte wissen, ob an den Berichten etwas Wahres sei, daß John den Westen verlassen habe, weil „sich die Nazis wieder regen“. Eden erwiderte, angesichts der unklaren Sachlage sollte man bei Rückschlüssen äußerst zurückhaltend sein.

Umstrittene Europa-Konferenz

Westen lehnt Moskaus Vorschlag ab

Berlin (DPA/AP). Wenige Tage nach Beilegung des Indochina-Konfliktes hat die Sowjetunion in Noten an die drei Westmächte eine neue Europa-Konferenz vorgeschlagen. Die Teilnehmer — alle interessierten europäischen Staaten und die USA — sollen in den nächsten Monaten die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems erörtern, das „die Neutralisierung Deutschlands sicherstellen“ soll. Rotchina soll nach dem Vorschlag Moskaus Beobachter entsenden.

In der Note heißt es: „Die Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kollektiver Sicherheit würde gleichzeitig mit der Zurückziehung der Besatzungstruppen und der vereinbarten Begrenzung der Zahl der deutschen Streitkräfte vor Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland die Neutralisierung Deutschlands sicherstellen und im Zusammenhang damit verhindern, daß ein Kriegszentrum im Herzen Europas wiederersteht, zu dem die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus unvermeidlich führen wird.“

Die Sowjetunion schlägt in ihrer Note gleichzeitig vor, auf der geplanten Europa-Konferenz neben der Deutschland- und Österreichfrage auch die Frage der Aufnahme der Sowjetunion in den Atlantikpakt zu erörtern.

Wie verlautet, haben die amerikanischen und die britische Regierung bereits beschlossen,

Offensive gegen die Religion

Moskau (AP). Einen neuen Feldzug gegen die Religion hat die parteiamtliche Moskauer „Pravda“ eingeleitet. Das Blatt fordert eine wesentliche Verstärkung der Gottlosenpropaganda.

Die Religion, so erklärt das Blatt, sei „ein schädliches Überbleibsel des Kapitalismus“. Alle kommunistischen Organisationen hätten eine umfassende „wissenschaftliche und atheistische Propaganda“ zu entfalten, um den Gläubigen ihren „Irrtum“ zu zeigen. Die Er-

den sowjetischen Vorschlag zurückzuweisen. Voraussichtlich werden dem Kremel in der westlichen Antwort-Note gewisse Gegenvorschläge unterbreitet. Als Punkte wurden in London u. a. genannt: Eine Erklärung, daß die Westmächte nur dann einen Beitritt zu einem Sicherheitssystem in Erwägung ziehen könnten, wenn eine allgemeine, freie und überwachte Wahlen einschließende Lösung der deutschen Frage gefunden sei.

In London wurde betont, ein Eingehen auf die Vorschläge dürfe nicht die Aufgabe der NATO oder der EVG voraussetzen. Der britische Staatssekretär Nutting erklärte, Großbritannien sei jederzeit bereit, über eine „Regelung in

Freiheit“ zu verhandeln. Eine Konferenz sei aber erst dann nützlich, wenn die kommunistische Seite Konzessionen im Sinne einer derartigen Regelung in Freiheit mache. „Wir haben unsere Bedingungen klargemacht“, sagte Nutting. „Wenn wir aufgefordert werden, Kompromisse zu schließen, dann antworten wir, daß es einen wesentlichen Grundsatz gibt, über den ein Kompromiß nicht geschlossen werden kann, nämlich das Prinzip der Freiheit.“

Amerikanische Regierungskreise erklärten, die Note sei ein Versuch, der EVG den Todesstoß zu versetzen. Da die Westmächte bereits auf der Berliner Konferenz den sowjetischen Plan für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa abgelehnt hätten, würde auch dieser Vorschlag zurückgewiesen werden.

Rotchinesen beschossen Flugzeug

Ernste Zwischenfälle in Ostasien

Washington (AP/DPA). Zu zwei schweren Luft-Zwischenfällen ist es in der Nähe der chinesischen Insel Hainan gekommen. Rotchinesische Jagdflugzeuge schossen dort außerhalb der chinesischen Hoheitsgewässer ein britisches Verkehrsflugzeug ab.

Von den 17 Insassen konnten nur neun gerettet werden. Sechs der Passagiere waren Amerikaner, drei von ihnen kamen dabei ums Leben. Nach Berichten der Überlebenden wurde das britische Zivilflugzeug insgesamt sechsmal beschossen. Bereits beim zweiten Angriff fing

einer der Motoren Feuer, so daß die Maschine an Höhe verlor und schließlich notlanden mußte.

Drei Tage nach diesem ersten Zwischenfall schossen amerikanische Flugzeuge zwei chinesische Maschinen ab, als diese die Suche nach Überlebenden des abgeschossenen britischen Passagierflugzeuges behinderten.

Das amerikanische Außenministerium kündigte an, daß es energisch gegen diesen „neuen Beweis kommunistischer Brutalität und diesen kriegerischen Eingriff in eine Rettungsaktion auf hoher See“ protestieren werde. Gleichzeitig gab der Oberbefehlshaber der US-Pazifikflotte, Admiral Stump, bekannt, daß die Piloten der Maschinen seiner Einheit Befehl erhalten haben, sofort zurückzuschließen, wenn sie „mit feindseligen Absichten“ angefohlen werden.

Das rotchinesische Außenministerium hat den Abschuß des britischen Verkehrsflugzeuges durch chinesische Jäger zugegeben. Großbritannien Schadenersatz angeboten und erklärt, die beiden chinesischen Jäger hätten das Flugzeug in der Annahme beschossen, daß es sich um einen nationalchinesischen Bomber handle.

ziehungsministerien seien in letzter Zeit nicht „offensiv und militant“ genug gegen die Religion vorgegangen, teilweise hätten sie sogar untätig zugehört, wie Kindern „religiöse Vorurteile eingepflegt“ worden seien.

In Pakistan verboten

Die Kommunistische Partei ist in der pakistanischen Hauptstadt zu einer ungesetzlichen Vereinigung erklärt und mit sofortiger Wirkung verboten worden.

Fortschrittliche Mode mit Rüschen

Moskauer Chic in Knitter-Stoffen — Die Uniform des Privatlebens

Was für den Westen Fath und Dior, ist für die Sowjetzone das „Institut für Bekleidungskultur“. Es wurde am 1. Januar 1953 gegründet, und hat seither nicht viel zustandegebracht, was sich als kleidsam bezeichnen läßt. Das krampfhaft Bemühen, mit unzulänglichen Mitteln westliche Mode nachzuahmen, ohne dabei die Fühlung mit dem „Moskauer Bekleidungs-trust“ zu verlieren, ergab seltsame Modekombinationen. Rumänische Trachtenbluse und knöcheltiefer Plisseerock sind z. B. für die sowjetzonalen Modeschöpfer ein durchaus normales Kostüm. Nur der Käufer, dem man so etwas anbietet, ist unglücklich.

Dabei ist es keinesfalls so, daß die Textil-Fachleute in der Zone keinen Geschmack besäßen. Die Schneider sind dort genau so tüchtig wie im Westen, wenn sie allerdings auch wenig haben, woraus man etwas schneiden kann. Die Stoffe kommen in schmutzigen Farben und phantasielosen Mustern auf den Markt, niemand weiß, was aus ihnen nach der ersten Wäsche wird. Aber entscheidender ist die von dem „Institut für Bekleidungskultur“, das dem Ministerium für Leichtindustrie untersteht, ausgeübte Modediktatur.

Ein Beispiel: Kürzlich brachte ein Kollektiv dieses Instituts einige wirklich hübsche Modelle für Kinder/und junge Mädchen heraus. Sie waren ganz unverföhren aus Westberliner Schau-fenstern des Vorjahres abge-guckt, für die sowjetzonale Bekleidungsindustrie jedoch hätten sie eine Revolution bedeuten können. Die Modelle wurden kurzerhand von der Leitung des Instituts verboten und kassiert. Das empörte Kollektiv aber wußte sich zu helfen: Es ging zur „Berliner Illustrierten“ in Ostberlin, legte die Modelle vor, ohne von dem Verbot zu berichten, und bat, diese Dinge „zur Diskussion zu stellen“. Nach der Veröffentlichung gab es im Institut und im Ministerium eine Palastrevolution. Aber die Illustrierte erhielt Tausende von begeisterten Zuschriften: „Das wollen wir haben!“, „Wann kommt das auf den Markt?“ und „Es scheint jetzt wirklich besser zu werden“.

Politische Modekämpfe

Wenige Tage später brachte die Leitung des Instituts zwei selbstgefertigte Briefe zum SED-Zentralorgan: „Abscheu-

lich und wie westlich! So was mutet man uns zu?“ Und: „Wollen die Verantwortlichen Texasmanieren in der Deutschen Demokratischen Republik einführen?“ Die „Texasmanieren“, um die es hier ging, waren halblange Hosen und lose Jacken mit Rollkragenpulli für junge Mädchen, wie sie im Westen üblich sind. Die „Diskussion“ war mit den warnenden Leserbriefen im „Neuen Deutschland“ beendet, die Geschmacklosigkeit der Leitung des „Instituts für Bekleidungskultur“ hatte gesiegt.

Es wäre falsch, solche Kämpfe um die Mode einfach als mangelndes Können und geringes Geschmackempfinden abzutun. Auch hier bestimmt die Parteipolitik was gemacht wird. Ein junges Mädchen in FDJ-Uniform ist kein schöner Anblick und es mag wenig Mädchen geben, die sich darin hübsch finden. Stellte man solcher Uniform die praktische und modische Jungmädchen-Kleidung des Westens entgegen, würde manches Mädchen es ablehnen, noch die Uniform anzuziehen. Die Uniform soll aber nichts Abstoßendes sein. Also ist es besser, wenn die Mode nicht zu anziehend ist, sondern nicht viel mehr als eine Art Uniform des Privatlebens.

Spitzen und Plissee

Bei dem Materialmangel der Zone und der geringen Produktion für zivilen Bedarf sollte man meinen, daß die Bekleidungsindustrie alles begrüßt, was einfach und schlicht ist. Statt dessen wird in Rüschen, Spitzen und Plissee geschwelgt, das Kleid aus knitterndem Vistrastoff bekommt eine Spitzenborste und an den unmöglichsten Stellen werden kompli-

zierte Falten gelegt. Eine Frauenbundgruppe in Berlin-Pankow, die eine Trachtenausstellung „Vier Jahrhunderte deutsche Mode“ veranstaltete, machte sich im letzten April folgenden Spaß: Die Frauen nahmen einige Modelle vom „Institut für Bekleidungskultur“ und zogen sie über Puppen, die mit „Altberlin um 1880“ ausgezeichnet waren. In einer Resolution an das Institut versicherten sie, daß der kleine Betrug niemand aufgefallen sei. Im Gegenteil: Die Besucher hätten nicht glauben wollen, daß so etwas 1954 hergestellt worden ist.

Ein mittleres HO-Kaufhaus hat heute anzubieten (Vergleich HO-Kaufhaus Berlin - Weißensee, Stand Juni 1954): Pelze, Wintermäntel, Skianzüge, Herbstkostüme in dunklen Farben, Wollkleider (elf Sorten in je drei Farben), etwa acht Sommerkleidertypen mit Blumenmuster und Spitzenbesatz, drei Sorten dreiteiliger Strandkostüme in überweiten, schmutziggroße oder gelb, und Herren-Shorts aus grauer Zellwolle. Badeanzüge? „Wir hatten ein paar zweiteilige bekommen, aber die waren gleich wieder weg. Vielleicht nächste Woche ... Aber möchten Sie nicht vielleicht eine Badekappe oder ein Gummitier?“

In allen kritischen Artikeln der SED-Presse über die Versorgung mit Textilwaren kann man lesen, daß sich an dem alten Plan-Durcheinander — Badeanzüge zu Weihnachtsen, Wintermäntel im Juni — noch nichts geändert hat.

Für 1955 hat das „Institut für Bekleidungskultur“ laut kürzlicher Vorlage Modelle ausgesucht, wie man sie etwa 1952 im Westen trug. Prunkstück dieser Kollektion ist ein Ledermantel für 865 DM, für dessen Herstellung der Industrie nur noch das Leder fehlt. Für die lieben Kleinen gibt es Matrosenanzüge und Rüschen-schürzen à la Moskauer Internatenschule. Für die Herren wurde, obwohl inzwischen weitgehend überholt, wieder der lange Mantel mit Sattel und Umlaufgurt bestellt.

Demonstrationen in Budapest

Wien (AP). 15 000 Budapester haben vor zwei Wochen anlässlich des deutschen Fußballspiels über Ungarn auf den Straßen demonstriert und die Gelegenheit zur Bekundung ihres Unwillens gegenüber dem kommunistischen Regime benutzt. Dies geht aus Berichten hervor, die jetzt in Wien eintrafen. Diplomatische Kreise in Wien bestätigten die Meldungen teilweise.

Die Demonstrationen, die zwei Tage anhielten und zu regelrechten Straßenschlachten führten, konnten nur mit Hilfe der Polizei und des Sicherheitsdienstes unterdrückt werden.

Arbeiter rebellierten

Berlin (DPA). In dem großen Schmiedewerk „Hermann Matern“ in Roßwein im sächsischen Kreis Doebeln ist es in den letzten Wochen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der SED und Arbeitergruppen gekommen. In einem jetzt veröffentlichten Bericht des SED-Kreissekretärs heißt es, aus dem Betrieb sei mit Unterstützung der Staatsorgane „eine ganze Reihe von feindlichen Gruppen, Diversanten und Mördern herausgeholt“ worden. Auch in der Stadt Roßwein selbst habe es mit „solchen Elementen“ harte Auseinandersetzungen gegeben.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Böttcher, Martin, etwa 45 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Kölleda/Sa.-Anh., Mitglied d. SED, Angestellter beim Rat des Kreises Artern u. Erfassungskontrollleur.

2. Rudolph, Otto, etwa 30 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Winkwitz Kr. Meißen/Sa., Mitglied d. SED, von Beruf Schmied, nacheinander tätig gewesen als Lagerverwalter, stellvertr. Leiter der Rep.-Werkstatt, techn. Leiter der MAS Niederau / Niederau / Plauen Kr. Meißen.

3. Sager, Wilhelm, etwa 55 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Hagenow/Meckl., Mitglied u. Funktionär d. SED.

4. Schletter, Richard, etwa 42 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Saalfeld/Th., früher in Gera/Th., Mitglied d. SED, von Beruf Maler, zuletzt Volksschlichter.

5. Schmidt, Elly, etwa 42 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Anklam/Meckl., Leipziger Allee 29, Mitglied d. KPD/SED, Mitglied verschied. Massenorganisationen u. Funktionärin.

Menschenjagd an der Grenze

Kopfpriämien für Wachpersonal — Fast alle linientreu

Tausende von kommunistischen Offizieren und Mannschaften bewachen den Eisernen Vorhang, bereit, auf jeden Flüchtling zu schießen, jeden zu jagen, der das Leben hinter dieser Grenze nicht mehr ertragen kann. Dabei sind, wie Radio Freies Europa berichtete, auch diese Grenztruppen mit ihrem Dasein nicht zufrieden: Die Besoldung ist schlecht, der Urlaub knapp, und wenn doch einmal ein Flüchtling entwischt, müssen die Grenzposten mit harten Strafen rechnen. Trotzdem flüchten erstaunlich wenige Grenzer über die so lockend nahe liegende Grenze nach dem Westen. Der Kommunismus hat nicht umsonst seine linientreuesten Anhänger hierher gestellt.

Ein kürzlich geflüchteter tschechischer Wachsoldat berichtete, daß an der bayerisch-tschechischen Grenze monatlich 150 bis 200 Personen wegen „unerlaubten Herumtreibens im Grenzgebiet“ verhaftet werden. Teilweise wendet man raffinierte Tricks an, um sie zu fassen. So steckte man z. B. tschechische Grenzer in amerikanische Uniformen und stellte sie kurz vor der Grenze auf. Eine ganze Reihe erschöpfter Flüchtlinge glaubte bei ihrem Anblick, den Westen schon erreicht zu haben,

Derartige Tricks lassen sich die kommunistischen Grenztruppen nicht umsonst einfallen: In der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Polen und Bulgarien bietet man ihnen Kopfpriämien und Sonderurlaub für jeden eingefangenen Flüchtling.

Aber nicht nur gegen den Westen haben die Kommunisten eine fast unüberwindliche „Chinesische Mauer“ errichtet. Innerhalb des Ostblocks selbst gibt es zwischen den Staaten kleine „Eiserne Vorhänge“. Alle Grenzen sind — ganz unabhängig vom Nachbarland — von Sperrgebieten eingesäumt und von Grenzmiliz bewacht. So kam es z. B., daß an der tschechisch-polnischen Grenze trotz der vielbesungenen „unverbrüchlichen Freundschaft zwischen den Volksdemokratien“ ein tschechischer Lastwagen, der in die Iser gestürzt war, nicht auf der polnischen Seite herausgezogen werden durfte, wo das eine ziemlich einfache Sache gewesen wäre. Die polnischen Grenztruppen lehnten eine derartige „Grenzverletzung“ glatt ab, und die Tschechen mußten schwere Spezialkräne heranholen, um den Lkw von ihrer Seite her aus dem Fluß zu angeln.

Bevölkerungsschwund

Bonn (DPA). Fast eineinhalb Millionen Menschen sind in der Zeit von 1946 bis 1952 aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet nach dem Westen geflohen. Diese Zahl ist in einer wissenschaftlichen Untersuchung enthalten, die das Institut für Raumforschung soeben vorgelegt hat.

Ohne Kurbel kein Verkehr

Berlin (Eigenmeldung). Das Magdeburger SED-Blatt „Volkstimme“ veröffentlichte dieser Tage einen für die Materialversorgungslage in der Sowjetzone bezeichnenden Hilferuf der Magdeburger Verkehrsbetriebe. Er lautete wörtlich: „Wer hilft uns? Wir brauchen dringend, um den Berufsverkehr aufrechtzuerhalten, eine Kurbelwelle für Vier-Zylinder-Henschel-Diesel, 65 PS, Baujahr 1928—30.“

Eine Brücke der Hilfsbereitschaft

Bericht des Evangelischen Hilfswerks

Bonn (Eigenbericht). In seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1953 hat das Evangelische Hilfswerk auch eingehend über seine Arbeit in der Sowjetzone berichtet. Trotz der großen Schwierigkeiten, die den kirchlichen Organisationen bis zum Juni 1953 gemacht wurden, gelang es, Tausenden von notleidenden Menschen zu helfen. Aber erst nach der Einführung des „neuen Kurses“ war es möglich, die Hilfsarbeit wieder im Umfang des Vorjahres durchzuführen.

Einen wesentlichen Anteil daran hatte die Päckchenhilfe auf der Grundlage der Paten-

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

schaften westdeutscher Gemeinden, die an ihre Paten-Gemeinden in der Zone regelmäßig Pakete schicken. Obwohl hierüber keine statistischen Angaben vorliegen, gibt die Mitteilung der Bundespost, daß z. B. im November 1953 insgesamt 3,2 Millionen Liebesgabenpakete über die Zonengrenze gegangen sind, einen Eindruck vom Ausmaß der Paketaktion.

Die Reiseerleichterungen in der zweiten Hälfte des Jahres ermöglichen einen gegenseitigen Besuchsdienst zwischen den einzelnen Hauptbüros in der Zone und ihren Patenkirchen. Dadurch konnten die bisherigen Beziehungen enger geknüpft werden.

Für zahlreiche Bauvorhaben konnte Einfuhrerlaubnis für bestimmte in der Zone nicht oder nur schwer erhältliche Baumaterialien erwirkt werden. Meist waren diese Materialien Geschenke der westdeutschen Patenkirchen.

Mit Hilfe der ökumenischen Spenden für Christenlehrgänge und Kleinstbauten konnten in einer großen Zahl ländlicher und städtischer Gemeinden für den kirchlichen Unterricht geeignete Räume erstellt werden, die zugleich der ganzen Gemeinde dienen.

Wie in den vergangenen Jahren trug das Hilfswerk auch 1953 zum Ausbau von Kirchenruinen, dem Bau und der Ausstattung neuer Kirchen, Kapellen oder Gemeindezentren bei.

Löbe: Eine echte Volksbewegung

Der in Berlin gewählte Präsident des Kuratoriums „Un- teilbares Deutschland“, der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe, forderte über den süd- deutschen Rundfunk die Bevölkerung auf, die Wiedervereinigung Deutschlands ständig als ihre erste und wichtigste Aufgabe zu betrachten. Sinn des Kuratoriums sei es, den Menschen in der Sowjetzone hierüber jede Unklarheit zu nehmen und die Bevölkerung der Bundesrepublik vor der Gefahr der Ermüdung zu bewahren.

Löbe hob insbesondere die Einmütigkeit und die Überparteilichkeit innerhalb des Kuratoriums hervor. Wenn es auf die aktive Hilfsbereitschaft und die Verantwortung jedes einzelnen rechnen könne, wenn sich die bereits allseitig bekundete Mitarbeit im Osten und im Westen Deutschlands verbreite,

Recht auf Heimat

Frankfurt a. M. (AP/DPA). Auf der Schlußkundgebung des Bundestreffens der Schlesier in Frankfurt a. M. erklärte Bundesminister Jakob Kaiser vor über 200 000 Teilnehmern, die Bundespräsidentenwahl in Berlin sei auch für die Heimatvertriebenen als hoffnungsvolles Zeichen zu werten.

Die Züge nach Breslau und Oppeln würden nur dann einmal wieder freie Fahrt haben, wenn zuvor der Weg nach Dresden, Leipzig und Frankfurt a. d. Oder freigegeben werde. Nicht mit Gewalt sei der Anspruch auf das angestammte Land durchzusetzen, sondern mit den friedlichen Mitteln der Politik. Die Absage an Gewalt bedeutete allerdings nicht die Preisgabe des Rechts und der Treue zur Heimat.

dann könne eine echte Volksbewegung für die Wiedervereinigung entstehen, die unwiderrücklich sei.

Rektor der Freien Universität

Zum Rektor der Freien Universität für das Amtsjahr 1954/55 wurde der bisherige Rektor, Prof. Dr. jur. Ernst Hirsch, wiedergewählt.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.